

Die Folgen gemeinsam schultern



Unwetter, wachsende Wüsten und steigender Meeresspiegel wird Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen machen

Wolfgang Pomrehn ist Geologe und Journalist und schreibt regelmäßig auf www.telepolis.de über Klimaforschung und Energiepolitik. 2007 ist bei PapyRossa von ihm das Buch „Heiße Zeiten – Wie der Klimawandel gestoppt werden kann“ erschienen.

Das Jahr ist noch nicht zu Ende, aber schon lässt sich sagen, dass 2010 ein Jahr der Extreme war. Selbst die Weltmeteorologieorganisation WMO, sozusagen die Internationale der amtlichen Wetterfrösche, die in der Diskussion über den Klimawandel für gewöhnlich äußerst diplomatisch zurückhaltend agiert, kam im August zu dem Schluss, dass ein Zusammenhang mit dem Klimawandel auf der Hand liegt.

Extreme Hitze in weiten Teilen Europas und im Nordosten der USA im Juli, langanhaltende Hitzewelle und Dürre gefolgt von extremen Niederschlägen in Teilen Westafrikas, Hitzewelle und nie dagewesene Serie von Wald- und Torfbränden in Russland, Dürren und extreme Niederschläge in diversen Teilen Chinas und nicht zuletzt die schlimmsten Überschwemmungen seit Menschheitsgedenken in Pakistan. Viele dieser Ereignisse, so die WMO, stellten in den jeweiligen Regionen neue Rekorde auf. Das Muster entspricht ganz dem, was von einem global wärmeren Klima zu erwarten ist: Klimazonen verschieben sich nach Norden, in den Tropen und Subtropen können die Temperaturen in lebensbedrohliche Höhen klettern, wärmere Meeresoberflächen bedeuten mehr Verdunstung und damit heftigere Regenfälle und intensivere Tropenstürme.

Obdachlosigkeit, Hunger und Krankheiten sind Folgen der Flut

Besonders dramatisch hat es zur Zeit Pakistan erwischt, wo ein ganz außergewöhnlich stark ausfallender Monsun seit Ende Juli die Flüsse über die Ufer treten lässt. Ein erheblicher Teil der Ernte wurde bereits vernichtet, mancherorts ist auch die Bestellung der Felder für die kommende Saison in Frage gestellt. Allein an den Bewässerungsanlagen entstand ein Schaden von umgerechnet etwa 800 Millionen Euro. 1760 Menschen starben bisher in den Fluten, mehrere Millionen wurden obdachlos und sind nun von Hunger und Krankheiten bedroht, die sich unter den zum Teil katastrophalen hygienischen Bedingungen auszubreiten drohen. Gegenüber der Nachrichtenagentur AFP meinte

UN-Sprecher Maurizio Giuliano, dass zehn Millionen Menschen ihre Bleibe verloren hätten und die Flut „eine der schlimmsten humanitären Katastrophen in der Geschichte der UNO“ sei. Seitens Regierungsvertretern hieß es Anfang September, dass acht Millionen Menschen von Lebensmittelspenden abhängig und insgesamt 21 Millionen Menschen, also ein knappes Achtel der Bevölkerung Pakistans, auf die eine oder andere Weise von den Unwettern betroffen sind.

Und dabei ist die Monsun-Saison noch lange nicht vorbei. Mitte September, fast zwei Monate nach den ersten zerstörerischen Wolkenbrüchen an den Oberläufen der Flüsse, schieben sich noch immer die Flutwellen den Indus hinab, bedrohen gemeinsam mit neuen Niederschlägen Flussanwohner in ihren Häusern und erschweren die Rettungsarbeiten. Doch die internationale Hilfe fließt nur zögerlich. Während hierzulande islamophobe Hetzer sich goldene Nasen mit fragwürdigen Machwerken verdienen, hat die UNO Schwierigkeiten, das Geld für ihre Hilfsprogramme in Pakistan zusammen zu bekommen. Selbst Anfang September waren erst 60 Prozent der von den Vereinten Nationen eingeforderten 460 Millionen US-Dollar von den Staaten eingezahlt.

Unfähigkeit herrschender Eliten

In Pakistan offenbart die Flut unterdessen die eklatante Unfähigkeit der herrschenden Eliten und die tiefe ethnische und religiöse Zerrissenheit des Landes. Als die Flut begann, zunächst in den eher entlegenen Provinzen im Nordosten des Landes, an der Grenze zu Afghanistan, brach der Präsident Asif Ali Zardari zu

Foto Seite 35: Gaza - Ohne Zement und Stahl verzögert sich auch bald 2 Jahre nach den israelischen Angriffen der Aufbau zerstörter Infrastruktur. Darunter das Gros der 56 Gesundheitseinrichtungen, die durch israelische Angriffe zerstört oder beschädigt wurden. (Foto: Anne Paq)

Klimazonen verschieben sich nach Norden, in den Tropen und Subtropen können die Temperaturen in lebensbedrohliche Höhen klettern, wärmere Meeresoberflächen bedeuten mehr Verdunstung und damit heftigere Regenfälle und intensivere Tropenstürme.

einer ausgedehnten Europareise auf, offenbar ungerührt vom Schicksal der Menschen. Bei den Paschtunen, die in diesen Provinzen leben und sich ohnehin nicht recht in Pakistan zuhause fühlen, kam das sicherlich nicht gut an. Aber auch in anderen Provinzen, wo Teile der Bevölkerung nach Unabhängigkeit streben, wie etwa in Belutschistan, vertieft die Katastrophe die ohnehin bestehenden Gräben. Hinzu kommen Geschichten von reichen Großgrundbesitzern, die Deiche so einreißen lassen, dass ihr Land verschont bleibt, dafür aber das der armen Nachbarn überflutet wird.

Die Flut in Pakistan, nach Aussagen des pakistanischen Wetterdienstes die schlimmste, die das Land in moderner Zeit erlebt hat, bietet also einen Ausblick darauf, was der Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten für die Menschen bedeuten kann: Am schlimmsten werden die Auswirkungen der Unwetterkatastrophen immer dort sein, wo Behörden und Regierungen – sei es aus Nachlässigkeit, sei es aus Mangel an Infrastruktur und materiellen Mitteln – nicht vorbereitet sind. Das hatte sich schon 2005 gezeigt, als der Hurrikan „Katrina“ New Orleans verwüstete. Die dortigen Deiche waren über viele Jahre wissentlich vernachlässigt worden, und als der Sturm kam, waren örtliche wie nationale Behörden trotz mehrtägiger Vorwarnzeit nicht in der Lage oder nicht willens, Vorsichtsmaßnahmen für die Bevölkerung zu ergreifen. Viele hundert Todesopfer hätten verhindert werden können, wenn es Evakuierungspläne für Krankenhäuser und Altersheime sowie ausreichend Depots mit Nahrungsmitteln und sauberem Trinkwasser gegeben hätte. Noch katastrophaler war das Versagen der burmesischen Behörden

im Mai 2008 nach dem der Tropensturm „Nargis“ weite Teile des Landes unter Wasser gesetzt hatten. Mehrere Zehntausend Menschen starben seinerzeit, weil sie nicht rechtzeitig mit sauberem Trinkwasser und anderem Lebensnotwendigen versorgt wurden, und die Militärjunta zuerst keine ausländischen Hilfsorganisationen ins Land lassen wollte.

Zunahme von Unwettern, Steigender Meeresspiegel

Neben der Zunahme und vor allem der größeren Intensität von Unwettern gehören Dürren und der steigende Meeresspiegel – viele Wissenschaftler gehen inzwischen von einem Meter bis zum Ende des Jahrhunderts aus – zu den großen Gefahren, die in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommen. Das Meer und die sich ausbreitenden Wüsten werden in den nächsten Jahrzehnten viele Menschen aus ihren Dörfern und Städten

vertreiben. In Bangladesch und Vietnam, aber auch im Nildelta, in Westafrika und in China sind weite, dicht besiedelte Küstenstreifen von Überflutung bedroht. Einige Inselstaaten könnten gar gänzlich verschwinden.

150 Millionen Personen werden entsprechend bis 2050 zu Klimaflüchtlingen, schätzte im letzten Jahr eine Studie der britischen Stiftung für Umweltgerechtigkeit. 600 Millionen Menschen gehören zu den akut bedrohten. Die Weltgesellschaft wird das vor eine gewaltige Herausforderung stellen. Ein Teil des Klimawandels lässt sich zwar noch aufhalten, wenn endlich begonnen wird, die Treibhausgasemissionen radikal zu beschränken. Den anderen Teil müssen wir auf jeden Fall gemeinsam schultern; oder genauer: Diejenigen, die die Misere angerichtet haben, müssen für die Folgen aufkommen. Schon heute müssten aus Deutschland zum Beispiel, wenn die Lasten gerecht nach Wirtschaftsleistung und Verantwortung verteilt würden, jährlich etwa sechs bis acht Milliarden Euro für Anpassungsmaßnahmen und Katastrophenhilfe – man könnte auch sagen Schadensersatz – an ärmere Staaten überwiesen werden. Angesichts der mehreren 100 Milliarden Euro, die im Rahmen der Finanzkrise in den Finanzmarkt gepumpt wurden, sind das Peanuts. Die Summe wäre zum Beispiel ohne Weiteres aus den Gewinnen der hiesigen Energiekonzerne abzudecken, die mit ihren Kohlekraftwerken einen erheblichen Anteil an den Treibhausgasemissionen haben.

